

**Es gilt das gesprochen Wort**

## **Haushaltsrede 2025 – Kommunen als Speerspitze der Demokratie?**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,  
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

wir stehen heute vor einer bedeutenden Herausforderung, die nicht nur uns als Verwaltung, sondern die gesamte Stadtgesellschaft betrifft. Die finanzielle Situation der Stadt Heidenheim im Jahr 2025 ist herausfordernd und dies erfordert von uns allen einen klaren Kurs, diszipliniertes Handeln und mutige Entscheidungen.

Lassen Sie mich im Detail darlegen, welche finanziellen Entwicklungen uns bevorstehen, welche Maßnahmen wir bereits ergriffen haben und welche Schritte notwendig sind, um die kommenden Jahre erfolgreich zu meistern.

In Vorbereitung auf meine Haushaltsrede habe ich mir die Reden der damaligen Fraktionsvorsitzenden, des Stadtkämmerers sowie des ehemaligen Oberbürgermeisters genau zu Gemüte geführt. Aus der Haushaltsrede von Rudi Neidlein im Jahr 2020 zum Haushalt 2021 möchte ich kurz zitieren:

„Dies führt dazu, dass wir im kommenden Jahr rund 11,8 Millionen Euro Defizit im Ertragshaushalt erwirtschaften werden, die jährlichen Verluste werden sich bis 2024 auf rund 45 Millionen Euro Defizit saldieren.

Um den Ergebnishaushalt auszugleichen und die Investitionen bis 2024 zu finanzieren, müssen wir dazu aus unseren Rücklagen im Haushaltsjahr 2021 10,4 Millionen Euro und bis zum Haushaltsjahr 2024 rund 62 Millionen Euro entnehmen und einsetzen. Darüber hinaus erhöhen sich die Schulden in 2021 um 22,7 Millionen Euro und bis zum Haushaltsjahr 2024 um weitere 25 Millionen Euro.

Der Einsatz dieser Mittel ist notwendig, um unsere städtische Infrastruktur am Laufen zu halten und vor allem Investitionen in die weitere positive Entwicklung der Stadt, im Jahr 2021 von 36,5 Millionen Euro und bis zum Jahre 2024 um weitere 110 Millionen Euro, zu finanzieren.

Davon sind im Haushalt schon 48,7 Millionen Euro fest verplant und durch Verpflichtungsermächtigungen für kommende Jahre festgeschrieben.

Ich danke dem damaligen Gremium sowie unserem Ehrenbürger und meinem Vorgänger im Amt – Bernhard Ilg- für die zielgerichtete und richtungsweisende Einleitung des Transformationsprozesses unserer Stadt. Wie Sie aus dem oben

## **Es gilt das gesprochen Wort**

genannten Zitat entnehmen können sind die prognostizierten Zahlen weitestgehend eingetreten. Wichtig ist es, bei der Weiterentwicklung unserer Stadt gezielt die richtigen Investitionsentscheidungen zu treffen, um die Handlungsfähigkeit unserer Stadt während des Transformationsprozesses nicht zu gefährden.

## **Der Rückblick in das vergangene Jahr**

Das Jahr 2024 war ein herausforderndes Jahr für unsere Stadt. Der Ergebnishaushalt wies bei Aufwendungen von rund 189,5 Millionen Euro ein Defizit von etwa 7,8 Millionen Euro auf. Dieser Fehlbetrag spiegelt die Schwierigkeiten wider, mit denen wir uns seit einiger Zeit konfrontiert sehen. Wesentliche Ursachen für diese Entwicklung waren die stark gestiegenen Kosten aufgrund des Ukrainekrieges sowie eine phasenweise Inflation von über 10%.

Auch in der Investitionstätigkeit mussten wir deutliche Herausforderungen bewältigen. Um die Investitionsfähigkeit der Stadt aufrechtzuerhalten, mussten wir Kredite aufnehmen, die unseren Schuldenstand bis Ende 2024 auf 54,8 Millionen Euro erhöhen werden.

Dies war notwendig, um unsere Investitionen in städtische Infrastrukturprojekte, wie der Raubhauptschule und des Rathauses, fortzusetzen und die nun anstehende Karl-Rau-Halle anzufangen.

Erfreulicherweise zeichnen sich erhöhte Gewerbesteuereinnahmen ab, da wir mit 27,5 Millionen Euro geplant hatten und voraussichtlich bei 52 Millionen Euro Ende des Jahres landen werden.

Zwar zeigt sich das Ergebnis durch den Nachtragshaushalt etwas positiver, dennoch wird das Ziel eines generationengerechten Haushalts weiterhin nicht erreicht.

Darauf werde ich später noch etwas näher eingehen.

## **Die Eckpunkte des Haushalts 2025**

Mit Blick auf das Jahr 2025 starten wir mit einer Liquidität von rund 99 Millionen Euro. Diese Liquidität ist es, die uns durch den Finanzplanungszeitraum trägt und uns ermöglicht, weiterhin handlungsfähig zu bleiben. Doch diese positive Ausgangslage darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir weiter Aufgabenkritik in alle Richtungen üben müssen.

Was ich damit meine? Im Bundestag und Landtag werden immer mehr politische Ziele definiert, die Städte in Deutschland umsetzen sollen. Gerne möchte ich an dieser Stelle ein paar Schlagworte aufführen. Gesetzlicher Anspruch auf Kinderbetreuung, Ausbau der Grundschule zur Ganztageschule, Integration von geflüchteten Menschen, diese Liste lässt sich beliebig ergänzen.

## **Es gilt das gesprochen Wort**

Wir Kommunen stehen nun vor einer doppelten Herausforderung. Bei einigen der oben aufgezählten Projekte erhalten wir Fördermittel oder Zuschüsse, welche aber bei weitem nicht kostendeckend sind um diese Aufgaben adäquat zu erfüllen. Des Weiteren müssen weder Bund noch Land die Abschreibung erwirtschaften, um einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können.

Unser Haushalt für 2025 sieht bereits ein laufendes Defizit von 4,9 Millionen Euro vor und die Situation wird sich in den folgenden Jahren noch deutlich verschärfen mit einem prognostizierten Defizit von 41 Millionen Euro in 2026, 30 Millionen Euro in 2027 und 17 Millionen Euro in 2028.

Mit Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 187.963.000 Euro und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von 183.837.700 Euro ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von 4.125.300 Euro.

Ursachen für diese finanzielle Schieflage sind unter anderem die deutliche Erhöhung der Kreisumlage und die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes, die uns insbesondere ab dem Jahr 2026 eine zusätzliche Belastung von 25 Millionen Euro auferlegen.

Dies ist eine erhebliche Mehrbelastung, die wir in unseren bisherigen Planungen so nicht vorhersehen konnten. Dennoch sind auch die im Kreis anstehenden Aufgaben wie Sicherung des Krankenhauses und der Ausbau der Brenz-Bahn zukunftsweisende Projekte, die unserer Stadt und Region einen deutlichen Standortvorteil verschaffen.

Leider kommen bei den vorgenannten Aufgaben der Bund und die Länder ihrer gesetzlichen Verpflichtung nur unzureichend nach. Stattdessen werden sogar von der Landesregierung politische Mobilitätsgarantien ausgesprochen, die leider nicht mit der finanziellen Ausstattung begleitet werden.

An dieser Stelle danke ich unserem Landrat Peter Polta für seinen unermüdlich Kampf, diese Projekte umzusetzen und somit für uns als Region, aber auch für uns als Stadt Heidenheim einen innovativen und attraktiven Standort zum Leben und Arbeiten schafft.

## **Die wichtigsten Investitionsprojekte 2025**

### **Strategische Ziele:**

#### **I.) Lebenswerte & charmante Innenstadt**

Das Sanierungsgebiet „Innenstadt/Rathaus“ sieht insbesondere 530.000 Euro für die Umsetzung des Innenstadtwettbewerbs vor, sowie Auszahlungen für den

## Es gilt das gesprochen Wort

Erwerb von Grundstücken in Höhe von 1.870.000 Euro. Es wird mit einer Sanierungsförderung von 2.530.000 Euro gerechnet.

Im Rahmen der Neugestaltung des Dr. Michael-Rogowski-Platzes sind mehrere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rathaustiefgarage erforderlich. Es ist dringend notwendig die Abdichtung der Tiefgaragendecke zu erneuern. Außerdem soll die alte Tiefgaragenabfahrt abgebrochen und die bisherige Toröffnung geschlossen werden. Hinzu kommt auch eine umfassende Betonsanierung des Schachtbauwerks im Bereich des Aufzugs mit Erneuerung der Treppenanlagen. Für diese Arbeiten waren im Jahr 2024 bereits Planungskosten vom 200.000 Euro vorgesehen. Im Haushalt 2025 sind nun 1,5 Millionen Euro eingeplant, zudem eine Verpflichtungsermächtigung mit 3,6 Millionen Euro. Diese Maßnahmen stellen den Abschluss der Generalsanierung der Rathaustiefgarage dar. In Summe beläuft sich der Gesamtaufwand des Projekts auf 8,8 Millionen Euro.

Die Sanierung des Rathauses stellt ein zentrales Projekt unserer Stadt dar. Sie erfolgt in zwei Bauabschnitten, wobei der laufende Betrieb weiterhin gewährleistet wird. Bildlich gesprochen, handelt es sich um eine OP am offenen Herzen, welche alle betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielerlei Hinsicht beansprucht. Der Gemeinderat beschloss am 17.12.2020 den ersten Bauabschnitt des Rathauses. Dieser umfasst die energetische Sanierung der Fassade, die Erneuerung der Elektrotechnik – einschließlich eines neuen Rechenzentrums – sowie die Modernisierung der Aufzugsanlagen. Die Fertigstellung der Fassade ist im Frühjahr 2025 geplant. Im zweiten Bauabschnitt wird die Innensanierung durchgeführt, wobei notwendige Anpassungen der Nutzung vorgenommen werden. Einige Maßnahmen des zweiten Bauabschnitts wurden bereits vorgezogen und parallel zum ersten Bauabschnitt umgesetzt. Dazu gehören die flächendeckende Einrichtung von WLAN, der Einbau von Duschen und Umkleiden im Untergeschoss sowie wichtige Brandschutzmaßnahmen. Weitere geplante Maßnahmen umfassen den Umbau des Erdgeschosses für das Bürgeramt, den Einbau eines Trausaals im ersten Obergeschoss, Umbauten in den Büroebenen sowie den Umbau des achten Obergeschosses für einen Sozialbereich. Auch die Notstromversorgung in Untergeschoss, Erdgeschoss und erstem Obergeschoss wird für den Krisenfall angepasst.

Für die weiteren Innenarbeiten wurde am 30.03.2023 ein Baubeschluss gefasst. Die Fertigstellung dieser Maßnahmen ist bis 2026 vorgesehen. Für das Jahr 2025 sind 9 Millionen Euro sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 2,21 Millionen Euro vorgesehen. Die Gesamtkosten der Sanierung belaufen sich nun auf 35,35 Millionen Euro.

Der Gemeinderat ist meiner Empfehlung am 14.10.2021 gefolgt, die Planungen und Bauarbeiten für den Umbau des Elmar-Doch-Hauses zu stoppen. Die Verwaltung erhielt den Auftrag, ein neues Nutzungskonzept mit Gastronomie zu entwickeln und einen Betreiber zu suchen. Laut aktueller Grobkostenschätzung

## **Es gilt das gesprochen Wort**

belaufen sich die Gesamtkosten für die Maßnahme auf etwa 10,6 Millionen Euro. Für 2025 sind Mittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro vorgesehen. Weitere Beschlüsse in diesem Projekt sind zum Jahresende beziehungsweise Jahresanfang nächsten Jahres vorgesehen.

### **II.) Wirtschaft fördern**

Auch im Bereich Wissenschaft und Forschung ist die Stadt im Rahmen des DHBW-Neubaus auf dem WCM-Areal aktiv. Je nach Höhe der anfallenden Mehrkosten beträgt die Beteiligung der Stadt maximal 1,5 Millionen Euro.

Um Eltern die Flexibilität zu ermöglichen am Arbeitsleben teilzunehmen, ist es wichtig im Kindergartenbedarfsplan die entsprechenden Weichen zu stellen. Laut der Bedarfsplanung 2023/2024 für die Kinderbetreuung in Heidenheim zeigt sich ein wachsender Bedarf an Betreuungsplätzen im Einzugsgebiet Voithsiedlung. Um diesem Bedarf bis zur Fertigstellung einer neuen Kindertageseinrichtung im Gebiet Haintal gerecht zu werden, ist geplant, den Kindergarten Hölderlinstraße um eine Gruppe zu erweitern. Hier besteht jedoch ein signifikantes Raumdefizit. Es fehlt ein Personalaufenthaltsraum, ein Elternsprechzimmer und ein Büro. Zudem ist die Küche für den Ganztagesbetrieb zu klein und es wird ein barrierefreies WC notwendig. Die Gesamtkosten der Erweiterung werden mit 1,3 Millionen Euro veranschlagt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Weiterentwicklung des Kinderhauses Mittelrain und der Ganztageseinrichtung Mittelrainschule. Dabei wird die Mittelrainschule zu einem Bildungshaus mit vier KiTa-Regelgruppen und zwei Kooperationsgruppen der Lebenshilfe ausgebaut. Gleichzeitig erfolgen umfangreiche Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in der Turnhalle Mittelrain. Der Betrieb soll Anfang 2025 starten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 10,8 Millionen Euro.

Auf dem ehemaligen Areal des Schwesternwohnheims am Klinikum entsteht ein fünfgruppiger Kindergarten. Hier werden in Kooperation mit dem Klinikum extra Plätze für Beschäftigte des Klinikums reserviert. Die Stadt wird die Einrichtung nach Erstellung durch den Investor für geplante 6 Millionen Euro in zwei Jahresraten erwerben.

### **III.) Mobilität gestalten**

Für den Ausbau des Zentralen Omnibusbahnhofs sind 800.000 Euro eingeplant. Um die erforderliche Fläche hierfür zu erhalten, soll das erworbene

## Es gilt das gesprochene Wort

Bahnhofparkhaus abgebrochen werden. Allgemein stehen in 2025 für den Erwerb von Grundstücken 1.620.000 Euro zur Verfügung. Demgegenüber stehen Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 6,3 Millionen Euro.

Weitere 671.000 Euro fließen in die Erweiterung der Straßenbeleuchtung und 560.000 EUR in den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen, gefördert durch das Land mit 530.000 Euro.

Auch im Haushaltsjahr 2025 sind umfangreiche Mittel für den Straßenbau und Erschließungsmaßnahmen vorgesehen. Dazu zählen Mittel für die Anbindung des WCM-Geländes (250.000 Euro), den Dr. Michael-Rogowski-Platz (200.000 EUR und 3,4 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung), der Talhofstraße (850.000 Euro) und die Zollernstraße (70.000 Euro).

Für das Jahr 2025 ist im Smart City Projekt die Erfassung und Kommunikation von Echtzeitdaten aus dem ÖPNV geplant. Neben dem Einsatz von Bildschirmen und Stelen kann eine hohe Informationsdichte auch mithilfe von QR-Codes an Bushaltestellen realisiert werden. Durch dieses Projekt wird Smart City einmal mehr für die Bürgerinnen und Bürger greifbar und man erkennt den Nutzen und die Wichtigkeit, welche hinter dem Gesamtprojekt Smart City stehen.

## IV.) Stadtgesellschaft stärken

Trotz der angespannten finanziellen Lage bleibt es unser Ziel, die Lebensqualität in Heidenheim zu erhalten und weiter zu verbessern. Dafür setzen wir unsere Investitionsprojekte fort, die die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt schaffen. Ein zentraler Schwerpunkt liegt dabei auf der Sanierung und Modernisierung von Bildungseinrichtungen. So werden wir auch im Jahr 2025 erhebliche Mittel in die Sanierung der Rauhbuchschule (insgesamt 6.383.000 Euro) und die Fertigstellung der Arbeiten an der Karl Rau-Halle (insgesamt 9,5 Millionen Euro) investieren. Erfreulicherweise wird die Karl-Rau-Halle mit 3 Millionen Euro Bundesmitteln gefördert.

Logischerweise summieren sich auch mehrere kleinere Investitionen zu einem nicht unerheblichen Betrag. So werden beispielsweise das Paul-Gnaier-Fechtzentrum für geschätzt 1,9 Millionen Euro und die Bühlturnhalle für 1,4 Millionen Euro saniert und ein Zuschuss an den SV Mergelstetten für den Bau einer Sportakrobathalle für 510.000 Euro je hälftig in 2025 und 2026 gewährt.

Bei der routinemäßigen statischen Überprüfung von Hallendächern und tragenden Konstruktionen wurde in der Grundschule Großkuchen festgestellt, dass das Dach saniert werden muss. Zudem entspricht die Dachkonstruktion nicht mehr den aktuellen DIN-Normen hinsichtlich der Schneelast. Demzufolge war eine Sanierung des Daches zwingend erforderlich. Im Zuge dieser Arbeiten wurden auch weitere

## Es gilt das gesprochene Wort

Sanierungsmaßnahmen an der Schule durchgeführt. Der entsprechende Baubeschluss des Gemeinderats wurde am 29.06.2023 gefasst. Mit einer Fertigstellung der Sanierung wird Ende 2024 gerechnet. Im Rahmen der Sanierung wurden auch Räumlichkeiten für die Ganztagesbetreuung eingerichtet. Hierfür ist eine Bundesinvestitionsförderung in Höhe von 515.000 Euro beantragt, jedoch entstehen durch die Einrichtung des Ganztagesbereichs grundsätzlich höhere Kosten. Außerdem konnten viele Ausschreibungen nicht zu den kalkulierten Preisen des beauftragten Planungsbüros vergeben werden und die Sanierung des Bestandes hat zu unerwartet höheren Kosten geführt. Aus diesem Grund muss der Gesamtansatz um 250.000 Euro auf insgesamt 2,7 Millionen Euro erhöht werden.

Aufgrund der gestiegenen Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschule am Brenzpark werden provisorisch Mietcontainer angeschafft. In Zeiten einer angespannten Finanzlage ist es besonders wichtig Synergieeffekte zu erzielen. Deshalb wird die Stadt den Schulentwicklungsplan fortschreiben, um genau die Standorte zu identifizieren, die maximale Synergieeffekte bieten.

Leider verschärft sich auch die Lage im Waldfreibad. Sowohl die Gebäudesubstanz als auch die technische Ausstattung ist aus dem Jahr 1954. Förderanträge wurden mehrmals vom zuständigen Bundesministerium abgelehnt, sodass für eine umfangreiche Sanierung insgesamt rund 8 Millionen Euro veranschlagt werden. In 2025 sind Mittel für eine Generalplanung von 150.000 Euro vorgesehen.

## V.) Wohnraum schaffen

Der bezahlbare Wohnungsbau bleibt ein zentrales Anliegen und wir werden dafür sorgen, dass ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um diesem wichtigen Thema gerecht zu werden. Die Kapitalzuführungen an die Städtische Grundstücks- und Wohnungsbau-GmbH (SWGH) für den sozialen Wohnungsbau werden auch 2025 mit 2.600.000 Euro fortgeführt.

Projekte des bezahlbaren Wohnraums sind Projekte, die nicht nur dringend benötigten Wohnraum schaffen, sondern auch langfristig die Lebensqualität in unserer Stadt verbessern werden.

Das neueste Projekt betrifft die Fläche zwischen der B19 und dem Kleebühlweg nördlich der IHK. Dies ist ein bedeutender Schritt, um der steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnen gerecht zu werden. Mit dem Kleehof soll ein gemischt genutztes Quartier entstehen. Auf der westlichen Seite des Areals sind in drei Baukörpern insgesamt 91 Einheiten für altersgerechtes Wohnen, 24 Zimmer in Form von Pflege-Wohngemeinschaften, eine Tagespflege mit 12 Betreuungsplätzen, ein ambulanter Dienst sowie ein Restaurant und Café geplant. Auf der östlichen Seite entstehen fünf Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 96

## **Es gilt das gesprochen Wort**

mietpreisgebundenen Wohnungen. Das Projektvolumen beträgt rund 37 Millionen Euro.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist der Bebauungsplan Flachsäcker in Heidenheim-Aufhausen, für den der Gemeinderat im Oktober einen Aufstellungsbeschluss verabschiedet hat. In den kommenden Jahren sollen hier 43 Wohneinheiten entstehen, darunter 24 Einfamilienhäuser, ein Doppelhaus und ein fünfgliedriges Kettenhaus. Dies wird neuen Wohnraum schaffen und Familien die Möglichkeit bieten, sich in unserer Stadt niederzulassen.

Auch im Brenzparkquartier tut sich einiges. Auf dem ehemaligen Schlachthofgelände setzen die Stadtwerke Heidenheim ein Projekt um, das sowohl Wohn- als auch Geschäftsräume umfassen wird. Hier werden etwa 100 neue Wohneinheiten entstehen. Zudem ist eine Bäckerei mit Café, ein stationäres Pflegeheim, Arztpraxen sowie diverse Gewerbeeinheiten vorgesehen. Das Bebauungsplanverfahren ist abgeschlossen und die Baugenehmigung wurde erteilt. Ein weiteres zentrales Projekt, das sowohl für Wohnen als auch für Arbeiten in Heidenheim wichtig ist.

Besonders hervorheben möchte ich das Projekt „Schlosspark“ auf dem Klinik-Areal. Hier entstehen 350 Wohneinheiten und eine fünfgruppige Kinderbetreuungseinrichtung. Um den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu sichern, hat der Gemeinderat bereits im Oktober 2022 beschlossen, die Städtische Grundstücks- und Wohnungsbau-GmbH (SGWH) finanziell auszustatten, um dort 26 Wohnungen zu erwerben. Insgesamt investiert die Stadt hier 10,1 Millionen Euro. Die politische Weichenstellung dieses Areal zu realisieren, ermöglicht einen Invest von ca. 150 Millionen Euro in unserem Stadtgebiet. Neben bezahlbarem Wohnraum entstehen attraktive Eigentumswohnungen sowie die Möglichkeit für innovatives und zukunftsfähiges Wohnen in Heidenheim.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Stadt Heidenheim alles andere als untätig. Wir sind entschlossen, der Wohnungsknappheit entschieden entgegenzutreten und bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Mit diesen Projekten legen wir den Grundstein für eine zukunftsfähige Stadt, in der jeder einen Platz zum Leben findet.

## **VI.) Finanzen sichern**

### **Die finanzielle Herausforderung der kommenden Jahre**

Wie bereits erwähnt, sind die Aussichten für die Jahre nach 2025 nicht optimal. Dies stellt uns vor erhebliche Herausforderungen. Bis Ende 2028 rechnen wir damit, dass wir nur noch knapp über der gesetzlichen Mindestliquidität liegen werden, was unsere Handlungsfähigkeit erheblich einschränkt.



## **Es gilt das gesprochen Wort**

In dieser Situation wird es unerlässlich sein, neue Kredite aufzunehmen, um die notwendige Investitionshöhe zu erreichen und gleichzeitig unsere Liquidität zu sichern. Ohne diese Kredite wären wir in den kommenden Jahren nicht in der Lage, die erforderlichen Investitionen zu tätigen und gleichzeitig unsere Liquidität aufrechtzuerhalten.

## **Starke Region**

Gemeinsam unter der Leitung der IHK Ostwürttemberg mit Präsident Markus Maier an der Spitze, den beiden Landräten Herr Dr. Bläse und Herr Polta, den Oberbürgermeisterkollegen aus Ellwangen, Aalen und Schwäbisch Gmünd sowie den CEO's von Zeiss, Hartmann, weiteren wichtigen Arbeitgeber und den Hochschulen Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim wurde der Masterplan „Zukunft Ostwürttemberg“ auf den Weg gebracht. Die dort enthaltenen Ansätze wurden vor wenigen Tagen in Berlin vorgestellt.

In den Expertengesprächen wurden die Themen „Transformation der Automobilwirtschaft & Industrie“, „Energiewende & Wasserstoff“, „Fachkräfte & Wohlstand“, „Forschung, Technologie & Bildung“ sowie „Wohnungsbau & Infrastruktur“ diskutiert. Im Bereich Wohnen wurde die Initiative „Wohnraum jetzt“ von allen Oberbürgermeistern und Landräten unterschrieben, um in Baden-Württemberg als attraktiver Wohn- und Arbeitgeberstandort wahrgenommen zu werden. Ein größerer Arbeitgeber in der Region hat auf dem Zukunftskongress angekündigt, dass er über 3 Milliarden Euro in die Zukunft seines Unternehmens investiert. Den größten Teil davon in Deutschland. Um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, ist es wichtig, bei dem Thema Gewerbe- und Wohnungsentwicklungsflächen nicht nachzulassen.

## **Maßnahmen zur Stabilisierung des Haushalts**

Angesichts dieser Lage gibt es keine einfachen Lösungen. Um den Haushalt zu stabilisieren, müssen wir in den kommenden Jahren einige grundlegende Maßnahmen ergreifen. Dazu gehört vor allem eine strikte Ausgabendisziplin. Wir dürfen keine neuen Aufgaben übernehmen, sondern müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren und in vielen Bereichen Standards hinterfragen.

Dies wird uns zwar vor Herausforderungen stellen, ist jedoch notwendig, um den Haushalt in den kommenden Jahren zu stabilisieren.

Ich freue mich deswegen ausdrücklich auf die gemeinsame Initiative des Landkreistages, des Städtetages sowie des Städte- und Gemeindebundes verfassungsrechtlich zu klären, welche Kosten nach dem Konnexitätsprinzip (Konnexität = Zusammenhang) auch von Bund und Land zu übernehmen sind. Der Grundsatz wer bestellt, bezahlt, wird leider immer wieder durchbrochen.

## **Es gilt das gesprochene Wort**

Dieses Jahr feiern wir 75 Jahre Grundgesetz. Ein Recht das uns unsere freiheitlichen demokratischen Grundwerte garantiert. In einem Festakt bezeichnete unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Gemeinden zu Recht als Speerspitze unserer Demokratie. Die Zahl 75 weist aber auch darauf hin, dass die Städte momentan ursächlich damit beschäftigt sind, ihre Infrastruktur massiv zu erneuern.

Der kommunale Investitionsrückstand im Jahr 2023 betrug, laut des Deutschen Instituts für Urbanistik, 186,1 Milliarden Euro. Das zeigt, dass wir nicht von einem Heidenheimer Phänomen sprechen, sondern einem strukturellen bundesweiten Problem aufliegen.

## **Fazit & Dank**

Meine Damen und Herren, die finanzielle Lage der Stadt Heidenheim ist ernst. Wir stehen vor erheblichen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Mit einer klaren Prioritätensetzung, strenger Ausgabenkontrolle und gezielten Investitionen werden wir die Stadt durch diese schwierige Zeit führen. Ich bin zuversichtlich, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen werden, um die Zukunft unserer Stadt zu sichern.

Zum Schluss danke ich Frau Bürgermeisterin Maiwald, ihnen als ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten und meinem Team. Sowohl denjenigen die dieses Zahlenwerk erschaffen. Dazu gehört insbesondere unser Stadtkämmerer Herr Ochs und letztendlich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die aus diese Zahlen Fakten schaffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement für unsere Stadt.